

## Fragen an die Parteien zur Bundestagswahl 2021

*Die Parteien haben sich abgesprochen: Es sind max. acht Fragen gestattet, max. 300 Zeichen incl. pro Frage*

<b>Energie und Klima</b>	
<b>Fragen an die Parteien</b>	<i>Ein wichtiger Baustein der Energiewende ist der schnellere Ausbau des regenerativen Energieangebots. Wie wollen Sie den Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik sowie Speichertechnologien beschleunigen und welche Hemmnisse würden Sie dafür abbauen?</i>
	<p>CDU und CSU wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen. Dabei setzen wir auf einen intelligenten und diversifizierten Energiemix, der nachhaltig und sicher ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum. Hierbei wird die Akzeptanz der Bevölkerung ebenso entscheidend für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sein wie Planungssicherheit und wenig Bürokratie. Mit einem Sonnenpaket werden wir den Ausbau der Photovoltaik fördern. Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir möglichst einfach über eine Onlineplattform gestalten. Wir fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das Repowering von Anlagen. Wir wollen im Rahmen der Europäischen Offshore-Strategie und des nationalen Wind-See-Gesetzes auch grenzüberschreitende Energiekooperationen eingehen. Wir brauchen Energiespeicher, um die Schwankungen der Erneuerbaren Energie in wind- und sonnenschwachen Zeiten auszugleichen. Wir werden die dafür notwendige Technologieentwicklung und -umsetzung weiter fördern und prüfen, inwieweit wir den gespeicherten Strom von allen Umlagen und Entgelten befreien können. Besonders unsere Handwerksbetriebe sind mit ihrer Expertise für die Energiewende entscheidend. Wir werden sie dabei unterstützen, genügend Fachkräfte auszubilden und zu gewinnen. Hier kommt es besonders auf Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Technologien an.</p>
	<p>Für Solarenergie wollen wir GRÜNE ab sofort einen Zubau von 10 bis 12 GW und für Windenergie an Land 5 bis 6 GW pro Jahr. Für Windenergie auf See gilt 35 GW bis 2035. Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Wir wollen Bürokratie für die Nutzung des Stroms vom eigenen Dach abbauen, Eigenverbrauch und Direktvermarktung stärken. Der Bau von Solarfreiflächenanlagen braucht bessere Rahmenbedingungen. Für den Windenergieausbau wollen wir die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. Mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung, klaren Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für Wind sowie mit Ausschlussgebieten und gezielten Artenschutzprogrammen sorgen wir für eine naturverträgliche Standortwahl. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen wir durch vereinfachte Verfahren, mehr Personal und einheitliche Bewertungsmaßstäbe. Die Nutzung von Speichern muss rentabel werden.</p>
	<p>Wir werden den Ordnungsrahmen des Strommarktes weiterentwickeln. Ein wichtiger Teilbereich ist das Abgaben- und Umlagesystem, das derzeit vielen notwendigen Maßnahmen im Sinne der Energiewende wirtschaftlich entgegensteht. Wir wollen alle erneuerbaren Energien auf dem Markt entsprechend ihren Eigenschaften wirtschaftlich und unter Berücksichtigung des Umweltschutzes einsetzen. D.h. die steuerbaren Energien Wasserkraft, Geothermie und Biomasse müssen ergänzend zu den volatilen Energien Sonne und Wind eingesetzt werden. Die Stromnetze wollen wir besser auslasten, indem wir die Digitalisierung nutzen, um Angebot und Nachfrage gezielter aufeinander abzustellen mit dem Fokus auf den Verteilnetzbereich. Ergänzend hierzu wollen wir Speicher stärker wirtschaftlich einsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Genehmigungsverfahren schneller gehen und dass die Länder sich verpflichten, Fläche für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen. Wir werden die Akzeptanz in den Mittelpunkt stellen, denn wir glauben, dass eine solche Transformation nur gemeinsam gelingen kann.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen und die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beenden. Ein steigender CO2-Preis wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und dazu führen, dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker nachfragegetrieben erfolgt. Dazu wollen wir Strom günstiger machen, indem wir die Stromsteuer senken und die EEG-Umlage aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung schrittweise abschaffen. Wir wollen das Energierecht entbürokratisieren sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren entschlacken und digitalisieren. Schnellere Verfahren erleichtern den marktgetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür nötigen Strom-, Wärme- und Gasnetze sowie Speicher. Wir wollen den Ausbau von Speichern vorantreiben. Denn vor allem Stromspeicher sind eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Wir wollen Speicher daher als eigenständige Säule des Energiesystems rechtlich definieren und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreien.</p>

	<p>In unserem Bundestagsantrag zur letzten EEG-Novelle haben wir folgende Ausbaupfade bis zum Jahr 2030 gefordert: 525 TWh Ökostrom für eine 80-Prozent Ökostromquote; installierte Anlagenleistung 2030 nach Erzeugungsarten: 110 Gigawatt (GW) Wind an Land (onshore), 20 GW Wind auf See (offshore), 130 GW Photovoltaik (PV), 10 GW Biomasse, 5 GW Sonstige. Bis 2030 streben wir folgenden durchschnittlich jährlichem Zubau an installierter Anlagenleistung in den einzelnen Erzeugungsarten an (netto): 7 Gigawatt pro Jahr (GW/a) Wind onshore, 1,5 GW/a Wind offshore, 10 GW/a PV, 0,2 GW/a Biomasse. Wir befürworten bundeseinheitliche Vorgaben zum Artenschutz und erleichterte Bedingungen für Repowering bei Windkraft - beides muss dem Schutzbedürfnis von Natur und Anwohnern genauso entsprechen, wie dem Klimaschutz, welcher auf den Ausbau von Ökostromanlagen angewiesen ist. Die Standortkommunen müssen direkt und relevant - höher als derzeit - an den Einnahmen der Ökostrombetreiber beteiligt werden.</p>
<p><b>Frage an die Parteien</b></p>	<p><i>Wie wollen Sie den Transformationspfad zur Treibhausgasneutralität von Wirtschaft und Gesellschaft so gestalten, dass auf dem Weg dorthin Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Akzeptanz der Energiewende ausreichend berücksichtigt werden?</i></p>
	<p>CDU und CSU wollen in diesem Jahrzehnt, die entscheidenden Schritte gehen, damit Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland wird. Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes. Wir setzen auf den Emissionshandel und kompensieren entstehende Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität. Aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie wollen wir den europäischen Emissionshandel im Luftverkehr stärken und in weiteren Sektoren wie Mobilität und Wärme sowie dem Schiffsverkehr so schnell wie möglich etablieren. Davon ausgehend streben wir einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an. Wir wollen den Aufwuchspfad der CO<sub>2</sub>-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab. Zudem werden wir die regulatorischen Kosten senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis.</p>
	<p>Der massive Ausbau von erneuerbaren Energien ist für uns GRÜNE die Basis für die Transformation. So können wir unsere Energieversorgung komplett auf Erneuerbare umstellen und für sauberen, sicheren und bezahlbaren Strom sorgen. Es bedarf auch einer Reform unseres Strommarkts, den wir auf die Erneuerbaren ausrichten wollen. Mit Preissignalen sorgen wir dafür, dass der Verbrauch dann stattfindet, wenn sauberer Ökostrom in großen Mengen vorhanden ist. Das setzen wir um mit einer umfassenden Reform der Abgaben, Umlagen und Steuern beim Strompreis und sorgen damit für bezahlbare und wettbewerbsfähige Strompreise. Der Ausbau der Erneuerbaren genießt bereits große Unterstützung in der Bevölkerung. Um das zu stärken, wollen wir die Bürger*innen aktiv bei der Energiewende teilhaben lassen. Möglichst viele sollen vom sauberen Ökostrom profitieren. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen für Bürgerenergie stärken. Außerdem sollen Kommunen an den Erlösen der Windkraft- oder Solaranlagen beteiligt werden.</p>
	<p>Jedem Marktteilnehmer wollen wir die Möglichkeit geben, von der Energiewende zu profitieren. Beginnend bei der Energiewende vor Ort sollen sowohl Unternehmen als auch private Haushalte ihren Beitrag leisten können, ob als Produzent oder Verbraucher oder beides. Dafür haben wir auch schon kommunale Beteiligungsmöglichkeiten an Windkraft und PV-Anlagen geschaffen. Wir wollen den Verteilnetzbetreibern ermöglichen, aus der Aufgabe, die Netze unter diesen Voraussetzungen stabil zu halten, ein Geschäftsmodell zu entwickeln. Zudem liegen Möglichkeiten zur Erhöhung der Energieeffizienz im Anlagen- und Gebäudebereich noch brach. Diese gilt es zu heben. Aus der regionalen Vielfalt, der Aufnahme von Forschungsergebnissen und dem individuellen Handlungsspielraum heraus wird die Akzeptanz für die Energiewende wachsen und bezahlbar werden.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten fordern einen marktwirtschaftlichen Klimaschutz, der verbindliche Klimaschutzziele setzt, jedoch Freiräume bei deren Umsetzung einräumt. Wir wollen einen alle Sektoren einschließenden Emissionshandel einführen. Mit einem Treibhausgasdeckel erfüllen wir unseren Beitrag zur EU-Klimaneutralität bis 2050. Durch den Emissionshandel werden die Treibhausgasemissionen dort reduziert, wo die geringsten Kosten entstehen. Gleichzeitig werden wirksame technologieneutrale Innovationsanreize gesetzt. Die Einnahmen aus der Versteigerung der knappen Emissionsberechtigungen wollen wir für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vor steigenden Energiepreisen einsetzen. So soll die Stromsteuer gesenkt, die EEG-Umlage abgeschafft und eine Klimadividende an alle Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt werden.</p> <p>Die Klimaziele der Energiewirtschaft erreichen wir durch den europäischen Emissionshandel. Wir werden auch die Ziele Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit stärker in den Fokus rücken. Dazu wollen wir die Energiewende durch mehr Wettbewerb und weniger staatliche Detailsteuerung insgesamt effizienter gestalten und Kosten senken. Die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) möchten wir beenden. Kohle- und Atomausstieg stellen durch das Abschalten gesicherter Kraftwerksleistung neue Herausforderungen für die Versorgungssicherheit. Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen können flexible Erzeugungs- und Speichertechnologien leisten.</p>

	<p>Klimagerechtigkeit - lokal wie global - bedeutet für uns: a. Forcierte Energiewende durch beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien bei schnellerem Ausstieg aus fossiler Erzeugung (insbesondere Kohleausstieg bis 2030); klare rechtliche Vorgaben und Anreize für einen effizienten Energieeinsatz (auch von Ökostrom) sowie Energieeinsparung. b. Gerechtigkeit in der Energiewende: Schieflage bei der Verteilung der Energiewendekosten korrigieren (u.a. weniger Industrierabatte bei EEG-Umlage &amp; Co.); Verbot von Strom- und Gassperren; Energiewende nicht von den Konzernen kapern lassen; Fokus auf Bürgerenergie statt auf Energie- oder Wasserstoffimporte, bessere Beteiligung der Kommunen am Ökostromausbau. c. Einstieg in eine sozial-ökologische Verkehrswende (Ausbau des ÖPNV/Bahn mit hoher Qualität bei niedrigeren Ticketpreisen; weniger Schwerlast- und motorisierter Individualverkehr; Förderung Rad- und Fußverkehr) und Wärmewende (u. a. mehr, aber gesichert warmmietenneutrale energetische Gebäudesanierungen, deutliche Fortschritte bei Wärmepumpen).</p>
<p>Frage an die Parteien</p>	<p><i>In einer "all electric" oder "more electric world" wird der Strombedarf langfristig infolge der Kopplung der Sektoren Strom, Mobilität und Wärme steigen. Welche politischen Rahmenbedingungen wollen Sie setzen, um Infrastrukturentscheidungen zukünftig ganzheitlich und systemisch zu regeln?</i></p>
	<p>Stromnetze sind die Lebensadern der Energiewende. Sie sind Garanten für die Versorgungssicherheit Deutschlands. CDU und CSU wollen prüfen, wie wir im Bereich der Übertragungsnetze für mehr Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen sorgen können. Wir wollen den Bau der notwendigen Stromleitungen beschleunigen. Wo immer möglich, sollen Trassen klug gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden. CDU und CSU wollen die Forschung und Entwicklung von neuen Energieerzeugungsverfahren technologieoffen unterstützen. Wir müssen zu große Stromimportabhängigkeiten vermeiden. Zudem wollen wir unser Marktstammdatenregister zu einem digitalen, öffentlichen Echtzeit-Energiekataster weiterentwickeln. So wollen wir Investitionssicherheit schaffen und Genehmigungen vereinfachen. Angelehnt an das Prinzip des Grundbuches wird transparent, welche Energieprojekte aktuell am Netz sind und welche wann und wo zukünftig entstehen.</p>
	<p>Neben dem Ausbau der Erneuerbaren ist der Strommarkt Dreh- und Angelpunkt der künftigen Welt mit 100 Prozent erneuerbaren Energien. Denn er verbindet die Nutzung des Ökostroms in den verschiedenen Sektoren. Wir GRÜNE wollen den Strommarkt reformieren und auf die Erneuerbaren richten. Das Kernelement ist Flexibilität: der Verbrauch soll dann stattfinden, wenn erneuerbarer Strom in großen Mengen und kostengünstig vorhanden ist. Das reizen wir mit Preissignalen an, also durch eine Reform der Abgaben, Umlagen und Steuern. Es ist außerdem ein ausreichender Netzausbau notwendig, um den Strom dorthin zu transportieren, wo er am meisten gebraucht wird</p>
	<p>Wir werden den Ordnungsrahmen des Strommarktes weiterentwickeln. Ein wichtiger Teilbereich ist das Abgaben- und Umlagesystem, das derzeit vielen notwendigen Maßnahmen im Sinne der Energiewende wirtschaftlich entgegensteht und in der letzten Legislaturperiode an den Vorbehalten des Bundeswirtschaftsministers gescheitert ist. Damit würde die Sektorenkopplung den erforderlichen Spielraum erhalten. Insbesondere im Hinblick auf Infrastrukturentscheidungen wollen wir die Zusammenarbeit mit den Bundesländern vertiefen. Dafür fordern wir einen verbindlichen Pakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende stärker als Gesamtsystem denken. Wir werden die Klimaschutzziele nicht erreichen, indem wir nur auf direkte Elektrifizierung auf Basis erneuerbaren Stroms in Deutschland setzen. Dennoch gehen auch wir von einem steigenden Strombedarf aus. Dazu wollen wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Erzeugungsanlagen und Netze vereinfachen und beschleunigen. Neben Strom wird auch Erdgas auf absehbare Zeit eine weiterhin wichtige Rolle bei der Energieversorgung einnehmen. Darüber hinaus setzen wir uns für den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft ein. Dafür wollen wir die Netzplanung für Strom und Gas besser aufeinander abstimmen und setzen uns für eine technologieoffene Regulierung von Gasnetzen ein, die auch Wasserstoff umfasst.</p>
	<p>Wir denken, dass der Strombedarf trotz Effizienzgewinnen aufgrund der Sektorenkopplung ansteigt und im Jahr 2030 bei etwa 650 TWh liegt. Dafür braucht es einen ambitionierten Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich. Bei der Versorgungssicherheit steht Deutschland an der Weltspitze. Damit das so bleibt, müssen die Stromnetze und der Stromverbrauch an die neuen Formen der Stromerzeugung angepasst werden mit Hilfe von Stromspeichersystemen und dezentraler Steuerung sowie durch die Nutzung der Flexibilitätsoptionen von Industrieanlagen und privaten Stromspeichern. Die Stromnetze müssen zurück in öffentliche Hand, damit der Netzausbau sich an den tatsächlichen Bedarfen orientiert und nicht durch die Profitinteressen der Netzbetreiber zusätzlich erhöht wird.</p>

## Mobilität

<b>Frage an die Parteien</b>	<i>Das autonome Fahren bietet die Chance, die individuelle Mobilität aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Wie wollen Sie diese Potenziale und Herausforderungen im Hinblick auf den ÖPNV und neue Mobilitätskonzepte besser vermitteln und für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz werben?</i>
	CDU und CSU wollen die Zukunftsfähigkeit des Mobilitätsstandorts Deutschland stärken, Produktentwicklungen beschleunigen und für nachhaltige und innovative Mobilität – wie das autonome Fahren – begeistern. Wir wollen die nachhaltige Gestaltung der Mobilität befördern und Entwicklungen über die Einrichtung von Reallaboren der Zukunftsmobilität anstoßen. So kann in Stadtteilen und Landkreisen erprobt und erlebt werden, wie die Mobilität der Zukunft aussieht und welche Angebote wir zukünftig deutschlandweit ausrollen können.
	Autonomes Fahren bietet die Chance, Betriebskosten im ÖPNV deutlich zu verringern. In der Folge erhalten mehr Menschen, auch durch flexiblere Routen, ein Anschluss-Angebot. Das ÖV-System insgesamt würde größer und dichter - gerade auch in ländlichen Räumen. Wo Linienverkehr und On-Demand-Dienste verknüpft sind, werden Attraktivität und Nachfrage steigen. Wir GRÜNE wollen deswegen technologische Entwicklungen beim autonomen Fahren im ÖPNV und eine breite Erprobung auf den Weg bringen. Durch gute praktische Beispiele wird es gelingen, mögliche Sicherheitsbedenken bei Fahrgästen abzubauen. Wir wollen, dass Städte mehr Handlungsspielraum für eine neue Aufteilung der Verkehrsflächen bekommen (und etwa zur Beschleunigung autonom fahrender Shuttles leicht eigene Fahrspuren einrichten können) und Aufgabenträger finanziell in der Lage sind, in Digitalisierung zu investieren. Dazu wollen wir GRÜNE zusammen mit Ländern und Kommunen die Finanzierungsinstrumente des ÖPNV erweitern.
	Laut einer PwC-Studie aus dem Juni 2020 ('Autonome Busse im ÖPNV') gab es zum Stand der Veröffentlichung bundesweit über 40 öffentliche und private Projekte mit autonom fahrenden Bussen. Sie reichen vom First-Mover-Projekt der Deutschen Bahn in Bad Birnbach, Ride4all in Soest, EMMA in Mainz, HEAT in Hamburg bis zum Hambach Shuttle, um nur einige wenige zu nennen. An den Flughäfen in Frankfurt, München und auch Niederrhein in Weeze fahren solche Fahrzeuge. Am Düsseldorfer Airport ist mit dem Skytrain eine autonome Schwebebahn zwischen Flughafenbahnhof und den Terminals im Pendelverkehr unterwegs. In Nürnberg fahren seit Jahren mit U2 und U3 zwei der drei U-Linien autonom. Es scheint also nicht mehr um Interesse oder Akzeptanz zu gehen, sondern wir sind zum Teil über die Pilotphasen durchaus hinaus. Interessant sind als ein nächster Schritt im ÖPNV On-demand-Verkehre, die in ausgedünnten urbanen Randzonen oder im ländlichen Raum für Konnektivität sorgen. Die verabschiedete Regulierung im Straßenverkehrsgesetz schafft dafür das rechtliche Fundament. Die Potenziale sind perspektivisch immens. Autonome Fahrzeuge bieten die Chance, dem ÖPNV einen beispielhaften Schub zu geben, sind doch die On-demand-Verkehre auch tür-zu-tür-fähig und generieren damit eine ganz neue - aber auch in Konkurrenz zum Auto - notwendige Qualität.
	Wir Freie Demokraten glauben, dass die Zukunft der Mobilität zunehmend digital und autonom sein wird. Autonom fahrende Fahrzeuge, die über das Smartphone gebucht werden können oder Mobilitätsplattformen, die Kundinnen und Kunden über alle Verkehrsträger hinweg die kürzeste Tür zu Tür Verbindung mit den besten Tarifen herausuchen, können schon in einigen Jahren Realität werden. Dafür müssen Zulassungs- und Testverfahren für neue Ideen vereinfacht werden und es bedarf einer langfristig angelegten Strategie für das Autonome Fahren, die nicht nur die Entwicklung der eigentlichen Technologie, sondern auch die Vernetzung aller Verkehrsteilnehmer sowie rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen miteinschließt. Besonders der ländliche Raum hat so Chancen auf eine schnellere und kostengünstigere Versorgung und auch für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten. Die beste Art, die Akzeptanz zu stärken, besteht darin, dass die Bürgerinnen und Bürger die neuen Mobilitätskonzepte nutzen können und zunehmend eigene Erfahrungen damit sammeln.
<b>DIE LINKE.</b>	Wir wollen Mobilität für Alle gewährleisten, unabhängig vom Einkommen und dem Besitz eines Autos. Das öffentliche Mobilitätsangebot wollen deswegen wir bis 2030 verdoppeln und für den ländlichen Raum eine Mobilitätsgarantie mit einer Anbindung zur nächsten Stadt mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr einführen. Dabei kommen flexible Angebote wie Bürgerbusse oder öffentliche Anruf-Sammeltaxis und der neue öffentliche Linienbedarfsverkehr, der von subventionierten Taxen übernommen werden kann, zum Zuge, ergänzt durch Mobilitätsstationen mit geteilten Verkehrsmitteln. Das automatisierte Fahren sehen wir allenfalls als Nischenprodukt öffentlicher Robo-Taxen in abgegrenzten Bereichen. Die Technik ist unausgereift, viele rechtliche Fragen ungeklärt, die Kosten für Entwicklung und Infrastruktur enorm - auch im Vergleich zu den Kosten der Ausweitung des öffentlichen Angebotes, die wir über die Kürzungen beim Straßenbau und die Streichung von Subventionen für Pkw finanzieren wollen.

Frage an die Parteien	<i>Mobilität spielt eine wichtige Rolle zur Erreichung der Klimaziele. Wie schätzen Sie das Potenzial elektrischer Antriebe mit Batterie, von Brennstoffzellen und von Verbrennungskraftmaschinen mit klimaneutralen Kraftstoffen in den unterschiedlichen Einsatzgebieten (Straße, Schiene, Luft, Wasser) ein?</i>
	<p>Beim Umstieg auf die emissionsfreie Mobilität setzen CDU und CSU auf die Elektromobilität sowie auf synthetische Kraftstoffe im Straßenverkehr und wollen sie – wie auch Wasserstoff– perspektivisch auch im Schwerlastverkehr einsetzen. Nutzfahrzeuge und schwere LKW könnten andere Antriebstechnologien erfordern. Hier müssen wir technologieoffen bleiben. CDU und CSU wollen Deutschlands Position mit Forschung zur Serienfertigung von Elektrolyseuren, Brennstoffzellen und durch die Einrichtung von Wasserstoff-Technologie- und Innovationszentren ausbauen. Uns ist auch wichtig, dafür zu sorgen, dass am Standort Deutschland synthetische Kraftstoffe entwickelt und produziert werden. In der Binnenschifffahrt übernehmen wir mit einer stärkeren Förderung von alternativen Kraftstoffen wie 5 E-Fuels und Wasserstoff die Technologieführerschaft. Wir werden die Nutzung von Ammoniak oder Methanol zur Marktreife bringen und in der Schifffahrt anwenden. Zudem werden wir die LNG-Technik ausbauen und ein Importterminal für verflüssigte Gase realisieren.</p>
	<p>Alle nachhaltigen Technologien werden benötigt, um die Klimaziele im Verkehr zu erreichen. Mit Blick auf Entwicklungsstand, Energiebedarf und Kosten müssen sie aber jeweils dort eingesetzt werden, wo sie besonders sinnvoll sind. Beim Auto ist die E-Mobilität der effizienteste, sauberste und aussichtsreichste Antrieb. Die knappen synthetischen Kraftstoffe werden hier nicht benötigt, zumal sie die Alltagsmobilität deutlich verteuern würden. Beim Lkw kommen neben elektrischen Antrieben zudem wasserstoffbasierte Antriebe auf den längeren Strecken infrage. Für den Luftverkehr wiederum, der auch langfristig auf Flüssigkraftstoffe angewiesen sein wird, müssen wir synthetische Kraftstoffe reservieren. Das gilt grundsätzlich auch für den Schiffsverkehr. Im Bahnverkehr setzen wir Grüne vor allem auf die Elektrifizierung mit Fahrdrakt. Für kürzere Strecken ohne Fahrdrakt eignen sich Batteriezüge, für längere Strecken Brennstoffzellenzüge.</p>
	<p>Die Arbeitsgruppen der Nationalen Plattform der Zukunft der Mobilität haben 10 Millionen batterieelektrische Fahrzeuge (BEV) mit einer Reduktion von rund 10 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> per anno berechnet. Zum jetzigen Zeitpunkt gehen wir eher davon aus, dass wir 2030 sogar mindestens 15 Millionen BEVs im Gesamtbestand haben werden. Die Zahlen erscheinen angesichts der BEV-Verkaufszuwachsraten realistisch. Die Automobilhersteller haben sich von VW über Daimler bis zu BMW auf Batterie-Fahrzeuge festgelegt. Andere Alternativen werden von den deutschen Herstellern aktuell nicht mehr verfolgt. Chancen bieten alternative Treibstoffe, sogenannte Synfuels, für die Bestandsflotte und damit für den Übergang. In 2030 werden von den aktuell 48,5 Mio. zugelassenen Pkw in Deutschland rund 30 Mio. noch Verbrenner-Motoren sein, insofern muss es für diese Flotte eine CO<sub>2</sub>-mindernde Erfüllungsoption geben. Das können nur synthetische Kraftstoffe – so genannte SynFuels - sein, seien es biogen- oder auch strombasierte Treibstoffe. Hier werden wir die verfügbaren und bezahlbaren Optionen in den Blick nehmen müssen, weil sonst eine Dekarbonisierung des Verkehrs in dem Zielrahmen 2030 kaum realisiert werden kann. Die Brennstoffzelle ist für den Schwerverkehr eine große Perspektive, weil H<sub>2</sub> leichter in der Fläche verteilbar ist als Strom direkt. Überdies sind Reichweiten eher gesichert. In Deutschland fahren auf mehreren Strecken bereits Regionalzüge mit Brennstoffzellen. Das wird sich ausweiten, weil die Fuelcell eine indirekte Elektrifizierung von Bahnstrecken möglich macht, ohne aufwändig einen Fahrdrakt zu installieren. Gleichwohl ist der Technologiewettbewerb im Straßengüterverkehr noch offen, einige der Hersteller setzen sogar beim Schwerlastverkehr auf Batterieantriebe. Im Luftverkehr werden wir in den kommenden 10 Jahren Maschinen sehen, die direkt mit Wasserstoff fliegen – zum Beispiel Airbus arbeitet an solchen Varianten. Die Bestandsflotte wird zunehmend mit SAF (Sustainable Aviation Fuel) fliegen. Interkontinental-Flüge sind ohne SAF klimafreundlich oder gar absehbar klimaneutral nicht denkbar. Allerdings müssen wir darauf achten, dass dieser erheblich teurere Treibstoff nicht die europäischen Fluggesellschaften im Wettbewerb deutlich benachteiligt, weil zum Beispiel über London oder Istanbul andere Airlines Interkontinental-Flüge mit rein fossilem Kerosin zu erheblich günstigeren Preisen anbieten können. Dagegen brauchen wir einen Carbon Leakage – Schutz für fairen weltweiten Wettbewerb im Flugverkehr. Im Kontext von Urban- und auch Regional Air Mobility wird zunehmend auf batterieelektrische Varianten gesetzt. Ein vollständig CO<sub>2</sub>-neutrales Fliegen ist technologisch möglich und wird nach 2035 auch Realität sein.</p>
	<p>Für uns ist der Emissionshandel das zentrale Instrument zum Erreichen der Klimaschutzziele. Schrittweise wollen wir ihn auf alle Sektoren ausweiten und für weltweite Wettbewerbsgleichheit auch nach Möglichkeit global ausrichten. Unter dem Dach des Emissionshandels muss Technologieoffenheit möglich sein. Weitere Lenkungsmaßnahmen, wie eine nationale CO<sub>2</sub> Steuer, sind nicht nötig. Statt staatlicher Preissetzung setzen wir auf wettbewerbliche Effekte um kostengünstig und effizient CO<sub>2</sub> einzusparen. Jede Technologie wird benötigt und wird auf diese Weise ihren effizienten Einsatzort finden.</p>
	<p>Für uns steht es außer Frage, dass Pkw in Zukunft batterieelektrisch betrieben werden. Wir setzen uns für ein Verbot der Zulassung neuer Pkw mit Verbrennerantrieb ab 2030 ein. Die Brennstoffzelle mit einem zwei bis vierfach höheren Energieverbrauch und synthetische Kraftstoffe mit Faktor fünf bis sechs sind im Vergleich viel zu ineffizient - und dementsprechend auch deutlich teurer. Erneuerbar erzeugter Strom ist ein sehr knappes Gut - und wird es auch bleiben, deswegen dürfen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe nur da eingesetzt werden, wo es keine Alternativen gibt, wie insbesondere im Luftverkehr und in der Schifffahrt. Wasserstoff als Energiequelle wird vor allem in der Industrie benötigt. Die Bahn wollen wir vollständig elektrifizieren. Oberleitungen für Lkw an Autobahnen lehnen wir als zu teure falsche Weichenstellung ab.</p>

## Digitale Transformation

<b>Frage an die Parteien</b>	<i>Die Corona-Pandemie hat in einigen Bereichen zuletzt einen wahren Digitalisierungsschub ausgelöst. In anderen Feldern, wie z.B. Bildung oder Gesundheit haben sich dagegen Defizite offenbart. Welche digitalpolitischen Themen stehen ganz oben auf Ihrer Agenda?</i>
	<p>Es gibt einige digitalpolitische Themen, die von großer Bedeutung sind und weit oben auf der Agenda der CDU und CSU stehen. Dazu gehören unter anderem die Digitalisierung der Wirtschaft, Plattformregulierung, digitales Wettbewerbsrecht, Förderung von Startups und Gründungen, Datennutzung und Datenschutz, digitale Infrastruktur, digitale Bildung, Förderung von Deep Tech wie Quantencomputing oder Künstliche Intelligenz, Staatsmodernisierung und –digitalisierung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit und digitale Souveränität.</p>
	<p>Digitalisierung wollen wir GRÜNE so gestalten, dass sie gesellschaftliche Teilhabe, Freiheiten und ökologisch-soziale Innovationen ermöglicht. Digitalpolitik muss in der Bundesregierung stärker koordiniert und priorisiert werden. Verwaltungsverfahren müssen digital angeboten und zentral zugänglich sein. Dafür schaffen wir den mobilen Personalausweis auf dem Smartphone (Wallet-Lösungen) und mehr barrierefreies E-Government. Den DigitalPakt entwickeln wir zu einem echten gemeinsamen Vorhaben weiter, um zeitgemäße, digitale und datenschutzfreundliche Ausstattung für die Bildung zu ermöglichen. Vertrauen stärken wir durch höchste IT-Sicherheits- und Datenschutzstandards. Sozial-ökologische Innovationen wollen wir durch Förderungen und Stärkung von offenen digitalen Ökosystemen vorantreiben.</p>
	<p>Die Covid-19-Pandemie hat wie in einem Brennglas die Stärken der Digitalisierung aber insbesondere auch die Schwächen der fehlenden Digitalisierung aufgezeigt, etwa im Bereich der digitalen Bildung, im Gesundheitswesen und in der digitalen Verwaltung. Lehren müssen sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konsequente Digitalisierung – zwar auf Basis hoher IT-Sicherheits- und Datenschutzerfordernisse, denn diese sind zentral für die Akzeptanz – aller gesellschaftlichen Bereiche und insbesondere Bildung, Gesundheit und Verwaltung.</li> <li>• Kommunikation setzt nicht nur sichere, leistungsfähige und vertrauenswürdige Infrastrukturen wie Netze voraus – das muss weitergedacht werden: dazu zählen auch digitale Systeme wie Videokonferenzen und Kollaborationstools – und auch hier muss es darum gehen, Abhängigkeiten abzubauen und europäische Alternativen aufzubauen.</li> <li>• Ein gutes Beispiel war die Corona-App – dezentral, in Zusammenarbeit mit Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und auf der Basis von Open Source.</li> </ul> <p>Grundvoraussetzung ist die sichere, leistungsfähige, flächendeckende und vertrauenswürdige digitale Infrastruktur: Bis zum Jahr 2030 muss Deutschland zur „Gigabit-Gesellschaft“ werden. Ein schneller, sicherer und leistungsfähiger Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar – für mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum, die oft global agieren, ebenso wie für Forschungseinrichtungen, Schulen oder die öffentliche Verwaltung. In dieser Legislaturperiode haben wir mit der Modernisierung des deutschen Telekommunikationsrechts regulatorische Hemmnisse für den Netzausbau abgebaut und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen. Darüber hinaus haben wir 12 Mrd. Euro für den geförderten Ausbau investiert und wichtige Weichenstellungen und Zwischenschritte beim Aufbau von Gigabitnetzen erreichen können. Diese Ausbauförderung werden wir fortsetzen und die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele. Hier stehen auch die Netzbetreiber in der Verantwortung.</p> <p>Dabei brauchen wir digitale Souveränität in Europa und eine selbstbestimmte Entwicklung und Herstellung der notwendigen Komponenten und Bauteile, damit nicht ausschließlich US- und chinesische Hersteller über den Erfolg und die Netzwerksicherheit digitaler Infrastrukturen in Europa entscheiden. Dafür wollen wir einen gemeinsamen Kraftakt in Europa, der eine gemeinsame europäische Entwicklung und Produktion solcher Komponenten strategisch und langfristig aufbaut. Wir setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein, von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zu Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen. Große Bedeutung für europäische Unternehmen kommt hierbei Open Source-basierten Modellen zu. Wir setzen uns für eine europäische Cloud-Infrastruktur ein.</p>
	<p>Die Corona-Krise hat wie ein digitalpolitisches Brennglas gewirkt. Sie hat bundesweit Digitalisierungsdefizite offengelegt und gezeigt, was die Bundesregierung und viele Länderverwaltungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten versäumt haben. Nachholbedarf wurden in zahlreichen Bereichen offengelegt - auch deshalb hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag in einem Antrag dargelegt, dass die Pandemie insgesamt als digitaler Weckruf verstanden werden muss, auf den mit einer umfassenden Digitalisierungsstrategie reagiert werden sollte (Vgl. BT-Drs. 19/24632). Ganz oben in der Prioritätenliste stehen Projekte, die auf struktureller Ebene den größten Unterschied machen, sodass sie auf die Digitalisierungsbemühungen hierzulande insgesamt einen Katalysatoreffekt haben. Dazu gehören: Erstens, die Schaffung klarer digitalpolitischer Projektsteuerungs- und Koordinationsstrukturen auf bundespolitischer Ebene durch Einrichtung eines Bundesministeriums für</p>

	digitale Transformation. Zweitens, die Modernisierung und Entbürokratisierung der Verwaltung im Rahmen ihrer zügigen digitalen Transformation. Drittens, der flächendeckende Ausbau gigabitfähiger digitaler Infrastruktur, weil dies die Basis der digitalen Zukunftsfähigkeit unseres Landes in der Breite ist.
<b>DIE LINKE.</b>	DIE LINKE will im Rahmen der überfälligen öffentlichen Investitionsoffensive die digitale Infrastruktur und die Digitalisierung der Verwaltung mit rund 10 Milliarden Euro jährlich vorantreiben. Wir brauchen ein einheitliches, kostengünstiges Netz (Breitband und Funk) mit flächendeckender Abdeckung. Netzausbau und -betrieb gehören in die öffentliche Hand. Digitale Dienstleistungen können dann durch private Unternehmen kostengünstiger angeboten werden. Wir wollen zudem die Innovationsförderung in Forschungsklustern konzentrieren und den Aufbau digitaler Kompetenzen und neue Geschäftsfelder integrieren. Die Digitalisierung der KMU in der Fläche ist entscheidend für die notwendige sozial-ökologische Transformation. Deshalb wollen wir für kleine Unternehmen den Zugang zu Förderprogrammen stark verbessern: mehr Transparenz, kurze Verfahren, klare Richtlinien, schnelle Entscheidungen und Limits bei der Förderung von Großunternehmen.
<b>Frage an die Parteien</b>	<i>Die Verfügbarkeit, der Zugang und die Qualität von Daten sind Grundlage vieler technologischer Innovationen. Oft sind Daten in Industrie und Gesellschaft vorhanden, werden aber noch nicht genutzt. Wie wollen Sie die innovative und verantwortungsvolle Datennutzung steigern?</i>
	Innovative und verantwortungsvolle Datennutzung muss durch die Beseitigung von Rechtsunklarheiten und die Schaffung einer geeigneten Infrastruktur gesteigert werden. Es gilt sowohl offene Fragen des Datenschutzes als auch Unklarheiten im Bereich des Wettbewerbsrechts zu klären. Darüber hinaus müssen wir – wie in der Datenstrategie der Bundesregierung bereits angekündigt – das Thema Infrastrukturen aufgreifen. Zu viele Daten befinden sich in Systemen, die nicht mit anderen kompatibel sind oder werden in Formaten gespeichert, die wiederum von anderen nicht genutzt werden können. Hier muss die Debatte über passende Schnittstellen und mögliche Standards konsequent fortgeführt werden.
	Es braucht einen Paradigmenwechsel hin zu gemeinsamen Standards statt abgeschotteter Datensilos und zum Beispiel die Möglichkeit über Datentreuhandmodelle einfaches und datenschutzfreundliches Datenteilen zu ermöglichen. Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische Dienstleistungen sowie neue technologische Anwendungen. Durch die Vorlage eines Bundestransparenzgesetzes werden wir staatliche Datenbestände der Allgemeinheit nach den Prinzipien der Open Data zur Verfügung stellen. So heben wir den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten, nicht personenbeziehbaren Daten. Zudem wollen wir GRÜNE ein öffentliches Dateninstitut mit einem gesetzlichen Forschungsauftrag einrichten, um Grundsatzfragen zur besseren Verfügbarmachung oder Anonymisierung von Daten zu behandeln und die Vernetzung, Entwicklung von Standards und Lizenzmodellen voranzutreiben.
	Daten sollen für gemeinwohlorientierte digitale Dienstleistungen und Innovationen nutzbar gemacht werden und nicht nur wenigen großen Daten-Monopolisten zur Verfügung stehen. Wir werden ein Datengesetz schaffen, das das Gemeinwohl in den Mittelpunkt rückt. Dafür werden wir eine vertrauenswürdige Daten-Teilen-Infrastruktur fördern, öffentliche Datentreuhänder einrichten und gleichzeitig dafür sorgen, dass die großen Konzerne ihre Daten für gemeinwohlorientierte Ziele teilen müssen. Rückschlüsse auf einzelne Personen dürfen dabei nicht möglich sein. Wo die öffentliche Hand Aufträge vergibt, muss sie darauf bestehen können, dass die Daten, die im Rahmen des Auftrages erhoben werden, wieder an sie zurückfließen. Wir fördern die Entwicklung von Anonymisierungstechniken und setzen uns für strafbewehrte Verbote von De-Anonymisierung ein. Der Staat muss beim Datenteilen mit gutem Beispiel vorangehen und einen breiten Datenzugang im Sinne von Open-Data ermöglichen. Die SPD setzt sich für eine Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsrechts zur einem Transparenzrecht ein und hat hierzu bereits im Jahr 2013 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir wollen, dass die gegenwärtig nebeneinander bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zusammengeführt und zu einem Transparenzgesetz weiterentwickelt werden. Dieses soll auch einen Rechtsanspruch auf Open Data enthalten. Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung stehen, wenn keine gewichtigen Gründe dagegensprechen. Diese Ausnahmetatbestände müssen eng begrenzt und begründet werden. Vor Kurzem hat der Deutsche Bundestag das Zweite Open-Data-Gesetz und Datennutzungsgesetz beschlossen, mit dem wir diesem Ziel ein Stück näherkommen. Gerade aber was die Weiterentwicklung zu einem Transparenzrecht und einen wirklichen Rechtsanspruch anbelangt, gibt es noch Verbesserungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode. Wir werden die Behörden dabei unterstützen, das umzusetzen.
	Wir Freie Demokraten fordern eine Datenpolitik, die den Prinzipien von Selbstbestimmung über die eigenen Daten und Wettbewerb dient sowie Innovationen ermöglicht. Wir wollen einen EU-weiten Rechtsrahmen für nichtpersonenbezogene Daten schaffen. Die Nutzerinnen und Nutzer sollen ein Nutzungsrecht an den Daten erhalten, an deren Erzeugung sie mitgewirkt haben. Eine generelle Datenteilungspflicht lehnen wir ab, denn auch die Kosten der Sammlung und Aufbereitung nicht-personenbezogener Daten müssen sich amortisieren können. Stattdessen wollen wir den Zugang zu Datenbeständen sektorbezogen und gegen Entgelt ermöglichen, wenn ein Wettbewerber keine Chance hat, selbst entsprechende Datenbestände aufzubauen. Nicht-unternehmensbezogene oder nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung sollen in maschinenlesbarer Form als "Open Data" frei zugänglich gemacht werden. Für die Bereitstellung hochwertiger Daten für die kommerzielle Nutzung ist ein Lizenzsystem denkbar.

	<p>Wir setzen uns darüber hinaus für eine bessere wirtschaftliche Nutzbarmachung von Daten ein. Wir fordern deshalb die Ermöglichung und Einrichtung von Datenpools und Datendrehscheiben. Hierfür wollen wir rechtliche Hürden abbauen, die für die Zusammenführung von Daten und die Durchführung von Datenkooperationen bestehen. Datenpools, in denen qualitativ hochwertige Daten beispielsweise für das Training von Algorithmen oder die Auswertung durch „Data Scientists“ zusammengeführt werden, sind für Wirtschaft und Wissenschaft sowie gesellschaftsrelevante Innovationen elementar. Der Austausch von Daten und der Zugang zu Informationen soll zu fairen, zumutbaren und diskriminierungsfreien Bedingungen ermöglicht werden.</p>
<b>DIE LINKE.</b>	<p>DIE LINKE fordert eine umfassende Regulierung von Plattformunternehmen. Wir wollen alternativ Plattformgenossenschaften und öffentlich-rechtlich betriebene Plattformen fördern und durch ein Plattformstrukturgesetz die Selbstbegünstigung von Plattformen verbieten, Datenschutz sicherstellen sowie die Interoperabilität und Portabilität der Nutzerdaten sanktionsbewährt garantieren. Wir wollen zudem ein Verbraucherinformationsgesetz, um über Kosten und Vertragslaufzeiten bei Krediten und Geldanlagen, bei Internetverträgen und Versicherungen zu informieren. Deshalb brauchen wir strenge Transparenzstandards für Plattformen. DIE LINKE will schließlich alle Gesetzeslücken schließen, die mit dem zunehmenden Onlinehandel hinsichtlich Produktsicherheit und Produkthaftung entstanden sind.</p>

## Circular Economy

Frage an die Parteien	<i>Circular Economy ist ein wichtiger Baustein, um das Ziel einer klimaneutralen, nachhaltigen Wirtschaft zu erreichen. Die Instrumente reichen von Mindestquoten für Rezyklate bis zur nachhaltigen Beschaffung. Was sind aus Ihrer Sicht wichtige politische Stellschrauben, um Kreisläufe zu schließen?</i>
	<p>CDU und CSU wollen Anreize setzen, weniger Abfall zu produzieren, abfallarme Produkte zu entwickeln und die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedermutzung von Recyclingrohstoffen zu verbessern. Mit der Förderung von Innovationen in Sortiertechnologien werden nutzbare Rezyklate, also aus Recyclingprozessen gewonnene Produkte entstehen, die am Markt gegenüber Primärmaterialien bestehen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Einsatz von Rezyklaten in der EU wie auch in Deutschland zu fördern. Um die Nutzung von Rezyklaten, insbesondere im Kunststoffbereich deutlich zu verbessern, wollen wir auch verbindliche Ziele für ihren Einsatz in bestimmten Bereichen prüfen. Wir wollen vor allem das Batterierecycling im Hinblick auf seltene Erden fördern und da, wo sie ökologische Vorteile bringen, Mehrwegprodukte fördern. Wir wollen Doppelregulierungen und Inkonsistenzen, die Stoffkreisläufen entgegenstehen, abbauen und vermeiden – in Deutschland und in der EU. Dazu gehört ein Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und vor allem kunststoff-haltige Abfälle. Zudem wollen wir die Forschung zu Re-Oil-Verfahren unterstützen und auch das chemische Recycling fördern. Wir wollen Abfälle wiederverwerten und Exporte von Abfällen – insbesondere von Plastik- und Kunststoffabfällen – zur bloßen Entsorgung verbieten. Es ist uns wichtig, dass wir ebenfalls zu Kunststoffalternativen weiterforschen, auch um die Vermeidung von Mikroplastik weiter voranzutreiben</p>
	<p>Wir brauchen eine umfassende Kreislaufwirtschaftsstrategie, um die Ressourcenverschwendung endlich zu stoppen. Hersteller*innen und Müllverursachende müssen stärker in die Verantwortung genommen und das Konzept der Kreislaufwirtschaft ganzheitlich bei Design, Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Produkten berücksichtigt werden. Unter anderem werden wir das bisherige Lizenzgeld für Plastikverwertung zu einer Ressourcenabgabe weiterentwickeln. Das Verpackungsgesetz wird zum Wertstoffgesetz, das allen ökologisch vorteilhaften Mehrwegprodukten Vorrang einräumt sowie Müllvermeidung und hochwertiges Recycling fördert. Das Thema Kreislaufwirtschaft ist auf europäischer Ebene zentraler Bestandteil des Green Deals und muss von Deutschland ehrgeizig insbesondere in den Bereichen Rezyklateinsatzquoten und Ökodesign vorangetrieben werden. Wo möglich müssen nationale Spielräume genutzt werden, um Deutschlands Vorreiterrolle im Bereich Kreislaufwirtschaft auszubauen.</p>
	<p>Wir haben immer betont, dass die Kreislaufwirtschaft ein elementarer Baustein auf dem Weg zu effektivem Klimaschutz ist. Wir setzen uns für eine weitreichendere Förderung des Einsatzes von Sekundärrohstoffen und Rezyklaten sowie eine Stärkung des Markts für Recyclingprodukte ein. Hierzu können gesetzliche Vorgaben, finanzielle Anreize und auch Recyclinglabels beitragen. Insbesondere das "hochwertige" Recycling muss bereits bei der Planung von neuen Produkten berücksichtigt werden. Wir begrüßen die seit März 2021 geltenden Vorgaben der EU-Ökodesign-Richtlinie und setzen uns dafür ein, diese auf weitere Produkte auszudehnen. Hemmnisse für eine werkstoffliche Verwertung von Verpackungen wie z.B. Zusatzstoffe, die die Recyclingfähigkeit einschränken, die zunehmende Verwendung von Verbunden, die gemischte Sammlung und die mangelnde Wirtschaftlichkeit, gilt es abzubauen. Wir brauchen einen klaren Rahmen für mehr Kreislaufwirtschaft, der aus einem Mix aus regulatorischen Vorgaben und ökonomischen Lenkungsinstrumenten bestehen sollte. Die notwendigen Instrumente gehen über den Bereich des bisherigen Kreislaufwirtschaftsrechts weit hinaus. Unterschiedlichste Akteure wie Entsorger, Recyclingunternehmen, produzierende Unternehmen, Handel und Konsumenten müssen in einen nachhaltigen Prozess eingebunden werden. Strategien und Programme sind verstärkt auf eine zirkuläre Wirtschaft auszurichten. Denn eine so ausgerichtete Wirtschaft mit nachhaltigen Produkten ist zukunftsfähig und sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir werden ein Rohstoffsicherungskonzept erarbeiten, um eine sichere Lieferung der für die umweltfreundliche Produktion nötigen Rohstoffe zu gewährleisten.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten wollen technologieoffenes Recycling in Deutschland ermöglichen und Abfälle zu neuen Rohstoffen machen, um letztlich eine EU-weite Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Wir wollen das chemische Recycling als gleichwertige Möglichkeit des Recyclings von Verpackungen zulassen und somit die rechtliche Diskriminierung dieser vielversprechenden Technologie beenden. Ressourcenschonung bedeutet nicht nur Verzicht, sondern kann auch durch innovative Wiederverwertungstechnologien erreicht werden.</p> <p>Wir wollen zudem eine europaweit einheitliche Sammlung von Abfällen, um eine effiziente Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen. In Europa ist die Sammlung von Abfällen noch immer so unterschiedlich, dass ein Handel damit nicht möglich ist. Zudem verhindern bürokratische Hürden oftmals den europaweiten Handel mit sekundären Rohstoffen. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die Sammlung von Abfällen zu harmonisieren, damit sich Investitionen in spezialisierte Recyclinganlagen schneller lohnen.</p>

**DIE LINKE.**

DIE LINKE will den Verbrauch von Rohstoffen senken, natürliche Ressourcen schützen sowie den Flächenverbrauch und Abfall reduzieren. Mittelfristiges Ziel sollte eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft sein. DIE LINKE will alle technologischen, organisatorischen und ordnungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um den absoluten Rohstoffverbrauch drastisch zu senken. Der Ausbau der heimischen oder internationalen Rohstoffgewinnung ist nicht zukunftsfähig. Deshalb fordern wir schon lange deutlich höhere Recyclingquoten, wesentlich bessere Anreize für mehr Kreislaufwirtschaft und eine gestaffelte Ressourcenverbrauchsabgabe für Primärrohstoffe und für Einwegprodukte. Beim Abbau von Rohstoffen muss die Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette gelten.